

11. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

4. Juli 1951.

305/J

Anf r a g e

der Abg. Ernst F i s c h e r und Genossen
an den Bundeskanzler,

betreffend die rechtswidrige Aussiedlung österreichischer Staatsbürger aus Siezenheim (Salzburg), um Platz für eine amerikanische Militärstadt zu schaffen.

Am 17. Mai und am 6. Juni d. J. haben die unterzeichneten Abgeordneten Anfragen an den Bundeskanzler wegen des Baues einer amerikanischen Militärstadt auf dem Boden von Wals und Siezenheim gerichtet. Unter Missachtung seiner Pflichten hat der Bundeskanzler nicht nur diese Anfragen nicht beantwortet, sondern auch jene gesetz- und völkerrechtswidrigen Massnahmen gedeckt, durch die österreichische Staatsbürger von Haus und Hof vertrieben werden, um amerikanischen Soldaten Platz zu machen.

Nunmehr hat ein Salzburger Gericht in Zivilsachen (Vorsitzender OLG Dr. Schneider) am 30. Juni d. J. die Unge setzlichkeit der Aussiedlung im Falle eines Siedlers festgestellt, bei dessen Kündigung die österreichischen Behörden - wie der unabhängige Richter feststellen musste - das Gesetz gröslich verletzt haben.

Das Schweigen des Bundeskanzlers auf parlamentarische Anfragen und die Verletzung des Rechtes österreichischer Staatsbürger durch österreichische Behörden, die sich zu Dienstboten der amerikanischen Besatzungsmacht erniedrigen, sind Ausdruck der gleichen verwerflichen Politik der bedingungslosen Unterordnung unter den amerikanischen Kriegsbefehl. Das Salzburger Gericht konnte feststellen, dass die österreichischen Behörden die volle Verantwortung für den Bodenraub in Siezenheim tragen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e n :

1.) Ist der Herr Bundeskanzler bereit, die Öffentlichkeit über die Errichtung eines amerikanischen Militärstützpunktes in Österreich und über die Eingliederung unseres Landes in die amerikanischen Kriegspläne aufzuklären?

2.) Auf welches Gesetz oder auf welchen Regierungsbeschluss stützt sich die gerichtlich festgestellte "Bevorschussung" des amerikanischen Entschädigungsaufwandes aus Steuergeldern?

3.) Woher nimmt die Regierung das Recht, den Amerikanern für ihre Kriegsbauten Grundstücke anzubieten, die nicht ihr, sondern österreichischen Staatsbürgern gehören?

4.) Wann wird der Herr Bundeskanzler die parlamentarischen Anfragen an ihn vom 17. Mai und vom 6. Juni d. J. endlich beantworten?